

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 135 (1969)
Heft: 5

Rubrik: Ausländische Armeen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NATO

In der ersten Märzhälfte wurde im Gebiet des Ärmelkanals unter der Bezeichnung «Razou sharp» ein NATO-Seemanöver durchgeführt, an dem sich belgische, dänische, niederländische, portugiesische und britische Einheiten sowie die ständige Atlantikflotte der Allianz beteiligten. Im Laufe dieses Manövers wurden Angriffsoperationen durchgeführt, ferner die U-Boot-Jagd, die Luftabwehr und das Legen von Minen geübt.

Kriegsschiffe aus fünf NATO-Ländern begannen am 17. März vor der Küste der südwestlichen Türkei mit Schieß- und taktischen Übungen im Rahmen des elftägigen Manövers «Early Affair». Die Übungen, an denen 22 Einheiten, amerikanische, britische, türkische, italienische und griechische, teilnahmen, wurden vom türkischen Vizeadmiral Hilmi Firat geleitet. z

Westdeutschland

Die westdeutsche Bundeswehr verlor am 5. März ihren 92. «Starfighter», der in der Nähe von Roth bei Ulm abstürzte. Der Pilot konnte sich mit dem Schleudersitz retten.

Nach einem an den westdeutschen Bundestag gerichteten Bericht versuchen linksgerichtete Oppositionsgruppen durch Publikationen, Demonstrationen und Infiltrationen die Soldaten gegen die Bundeswehr aufzuwiegen. Eine der Folgen war, daß 1968 die Zahl der «Dienstverweigerer aus Gewissensgründen» auf 12 000 anstieg, das heißt sich gegenüber dem Vorjahr genau verdoppelte. Daneben nahmen Sabotageakte an militärischen Ausrüstungen sprunghaft zu. z

Frankreich

Der Flugzeugpark der französischen Luftwaffe umfaßte im März 1969 rund 2200 Apparate, von denen 73% in Frankreich hergestellt wurden, wie der Stabschef der Luftwaffe, General Maurin, in einem Interview bekanntgab. Unter den Kampfflugzeugen sind 300 ganz moderne, in Frankreich hergestellte «Mirage 3» und «Mirage 4». Weniger neu sind 250 Flugzeuge der Typen «Vautour», «Mystère 4» sowie «Super-Mystère». Etwa 100 Apparate amerikanischer Herkunft («Super Sabre f100» und «Skyder ad 4») müssen wegen ihres Alters allmählich aus dem Dienst genommen und durch französische Flugzeuge ersetzt werden. Die Zahl der «Mirage 3» soll um 50 Apparate vermehrt werden. Nach 1972 werden «Mirage-f1» und «Jaguar»-Flugzeuge zum Einsatz kommen; bis 1976 soll sodann ein Flugzeug mit verstellbarer Tragfläche für Aufklärungsmissionen und Angriffe auf große Distanz einsatzbereit werden. Von diesem Zeitpunkt an werden sämtliche Kampfflugzeuge französischer Provenienz sein. z

Belgien

Belgien hat sich entschlossen, in Frankreich 18 weitere Jagdbomber vom Typ «Mirage 5» als Ergänzung der bereits vorhandenen 88 «Mirage» zu kaufen. Damit ist das Projekt, 18 Flugzeuge des erst in Entwicklung begriffenen englisch-französischen Typs «Jaguar» als Ersatz für die veralteten «Lockheed-84»-Flugzeuge anzuschaffen, aufgegeben worden. z

Großbritannien

Das britische Unterhaus lehnte nach zweitägiger Debatte über das Verteidigungsbudget eine von der konservativen Opposition eingebrachte Tadelsmotion, welche die Regierung wegen des beabsichtigten Rückzugs der britischen Streitkräfte aus den Gebieten am Persischen Golf und aus Südostasien bis zum Jahre 1971 kritisierte, ab. Verteidigungsminister Healey bestritt, daß die britische Verteidigung zu stark beschnitten werde, und versicherte, Großbritannien sei nach wie vor die «stärkste Militärmacht in Westeuropa». Das Überleben des britischen Volkes könne im übrigen nur durch die NATO gewährleistet werden.

Wie in London mitgeteilt wurde, sind Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande übereingekommen, gemeinsam eine Gaszentrifuge zur Gewinnung von angereichertem Uran zu entwickeln. Es sollen zunächst zwei Produktionsstätten errichtet werden, mit deren Bau gleichzeitig in Großbritannien und den Niederlanden begonnen werden soll, während die Leitung und Verwaltung der zu bildenden gemeinsamen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland errichtet wird. Firmen aller drei Länder werden aufgefordert, sich an den Arbeiten zu beteiligen. z

Österreich

Der österreichische Nationalrat hat am 27. März den Atomsperrvertrag gebilligt. z

Vereinigte Staaten

Der neue amerikanische Verteidigungsminister Laird hat durch eine Verschiebung großer Projekte in das Haushaltsjahr 1971 rund 2,2 Milliarden Dollar im laufenden Verteidigungsbudget eingespart und dieses damit unter die 80-Milliarden-Dollar-Grenze gedrückt. Allein die von Präsident Nixon bekanntgegebene Einschränkung der Raketenabwehr (siehe unten) bewirkt eine Einsparung um rund 1 Milliarde Dollar. Die Marineausführung des modernsten amerikanischen Bombers vom Typ fb 111 wurde endgültig auf vier Staffeln zusammengestrichen, was einer Einsparung von rund 500 Millionen Dollar gleichkommt. 157 Millionen Dollar gewann der Verteidigungsminister durch eine Verlängerung der Testperiode für Amerikas modernste Interkontinentalrakete «Minuteman 3»; 100 Millionen Dollar werden eingespart, weil vorerst nur 2 statt 3 Jagd-U-Boote mit Atomtrieb einer neuen, superschnellen Klasse gebaut werden.

Andererseits hat das Flugzeugprojekt AMSA (Advanced Strategic Manned Aircraft), das den Wünschen der Luftwaffe entgegenkommt, eine neue, kräftige Entwicklungsspritze erhalten, indem Laird zusätzlich 23 Millionen Dollar zu den bereits bewilligten 77 Millionen forderte, um schon 1970 mit dem Bau eines Prototyps beginnen zu können. Dieses Flugzeug mit Interkontinentalreichweite soll die veralteten B 52-Bomber ablösen und auch im Tiefflug Überschallgeschwindigkeit erreichen. Unter McNamara war diese Flugzeugentwicklung im Raketenzeitalter als überflüssig erachtet worden.

Zum erstenmal seit dem zweiten Weltkrieg wird sodann ein amerikanischer Truppenteil

ausländische Kampfflugzeuge erhalten, nachdem Laird dem Marinekorps rund 58 Millionen Dollar für die Anschaffung britischer Senkrechstarter des Typs «Harrier» bewilligte. Für den gleichen Betrag wurde allerdings die Neanschaffung von «Phantom»-Jägern für die «Ledernacken» gestrichen. – Laird schlug des weitern eine Verringerung der Munitionsherstellung für fast 500 Millionen Dollar vor, ob schon gegenwärtig monatlich rund 129 000 t Bomben über Vietkongstellungen abgeworfen werden. Laird verwies auf die «weltweiten Vorräte» der USA.

Die vollständige Realisierung des AMSA-Projektes würde nach einer französischen Beurteilung vermutlich einen Totalbetrag von etwa 10 Milliarden Dollar erfordern. Die Luftwaffe erhielt 200 solcher Maschinen, deren Bewaffnung aus Hunderten von kleinen Kurzstreckenraketen, einer mittelschweren Kurzstreckenrakete und einer Langstreckenrakete mit Atomsprengkopf bestünde. Drei Firmen bewerben sich um diesen Auftrag, nämlich die «North American Rockwell», welche den Überschallbomber B 70 produzierte, die Boeing Company, die den B 52 herstellt, und die General Dynamics, die den Abfangjäger f 111 bauten.

Wie der Bericht eines Unterausschusses für Verteidigungsfragen des amerikanischen Repräsentantenhauses festhält, verfügt die amerikanische Marine gegenüber der sowjetischen nicht mehr über eine große militärische und technische Überlegenheit. Nach diesem Bericht besteht die amerikanische Marine gegenwärtig aus 894 Schiffen, während die Sowjetunion eine Marine von 1555 Schiffen besitzt. Nach den Vorschlägen der Kommission sollte die US-Kriegsflotte im Jahre 1980 insgesamt 850 neuzeitliche Kriegsschiffe besitzen, darunter 41 U-Boote mit «Polaris»-Raketen.

Der amerikanische Präsident Nixon hat am 14. März entschieden, daß der Bau des Raketenabwehrsystems ABM in modifizierter Form fortgesetzt wird. Es soll jährlich nach technischen und militärpolitischen Gesichtspunkten überprüft werden. Die ersten beiden Abschlußrampen werden zwei amerikanische Raketenstellungen beschützen. Mit der Fertigstellung der ersten ABM-Anlage ist nach Angaben Nixons indes nicht vor 1973 zu rechnen. Nixon sprach sich gegen eine Fortführung des «Sentinel»-Programms in der bisherigen Form aus, das in der Nähe von fünfzehn großen Städten der USA installiert werden sollte. Das neue ABM-System hat drei Aufgaben: 1. Schutz der amerikanischen Interkontinentalraketenstellungen gegen direkte Angriffe aus der Sowjetunion; 2. Verteidigung des amerikanischen Volkes gegen solche nukleare Angriffe, zu denen China in den nächsten 10 Jahren fähig sein könnte; 3. Schutz gegenüber der Möglichkeit «zufälliger» Angriffe von irgendeiner Seite. Nixon begründete die Beschränkung des ursprünglich geplanten Abwehrsystems mit dem Hinweis, daß ein völliger Schutz gegen einen nuklearen Angriff «jetzt nicht in unserer Macht» liegt. Ein umfassendes Raketenabwehrsystem könnte ferner als «Auftakt einer gegen die Sowjetunion gerichteten offensiven Strategie» interpretiert werden, ein Eindruck, der vermieden werden soll. Das Raketenabwehrsystem völlig

aufzugeben hieße andererseits, zu viele Risiken einzugehen. Die *Sowjets* verfügen nach Nixon bereits über ein ABM-System, das ein breites Gebiet um Moskau schützen kann, während die USA erst nach 4 Jahren über ein vergleichbares Abwehrpotential verfügen könnten. Der Präsident erwähnte ferner, daß die Sowjetunion an neuen Raketen arbeite, welche die amerikanischen «Minuteman» treffen könnten; Moskau entwickle möglicherweise sogar ein nukleares Waffensystem für den Weltraum. – Das neue amerikanische ABM-System wird 6 bis 7 Milliarden Dollar kosten. Die Möglichkeit einer Verstärkung der unterirdischen Raketenstellungen in den USA bietet nach den Angaben Nixons keinen ausreichenden Schutz gegenüber den sowjetischen Offensivwaffen, deshalb habe er sich für die «aktive Verteidigung» der Raketenstellungen entschieden.

Das amerikanische Abwehrsystem arbeitet nach folgendem Prinzip: Wenn sich eine feindliche Rakete bis auf etwa 750 km dem Ziele nähert, geht automatisch eine «Spartan»-Rakete, die mit einem Kernsprengkopf versehen ist, auf die anfliegende Rakete ab. Das mit Selbststeuerung versehene Projektil zerstört die Rakete in der Luft. Sollte eine feindliche Rakete den «Spartan»-Gürtel durchdringen und sich dem Ziel auf etwa 80 km nähern, geht eine kleinere «Sprint»-Rakete ab, die mit der Geschwindigkeit eines Gewehrgeschosses fliegt, ebenfalls selbstgesteuert ist und die feindliche Rakete zerstören soll.

Etwa 100 Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, darunter sieben Nobelpreisträger, hatten Präsident Nixon in einem Telegramm aufgefordert, auf das Raketenabwehrprogramm überhaupt zu verzichten.

Der amerikanische Senat hat am 13. März mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit der Ratifizierung des *Atomsperrvertrages* zugestimmt. Für das Inkrafttreten des Vertragswerks ist die Ratifizierung durch die drei beigetretenen Atommächte (USA, UdSSR und Großbritannien) sowie vierzig nichtnuklearer Staaten erforderlich. Bisher ist der Vertrag erst von zehn Ländern ratifiziert worden. Ein Bestandteil des amerikanischen Ratifizierungsprozesses ist die für die USA verbindliche und von Moskau bisher nicht widersprochene offizielle Vertragsinterpretation, wonach der Atomsperr-

vertrag die atomaren Planungen innerhalb der NATO nicht beeinträchtigen darf.

Die bisherigen Verluste der Amerikaner im *Vietnamkrieg* erreichten Mitte März die Zahl von etwas über 33 000 Toten (Koreakrieg total 33 629 Tote). Allein in den ersten 3 Wochen der allgemeinen Frühlingsoffensive verloren die Amerikaner in Vietnam 1140 Tote und 5688 Verletzte.

Kanada

Wie der kanadische Premierminister Trudeau erklärte, möchte Kanada «unter Umständen» in das amerikanische Abwehrsystem gegen Fernlenk Waffen eingeschlossen werden.

Sowjetunion

Der bisher wenig bekannte vierundfünfzigjährige Luftwaffenmarschall Pawel S. Kutakow ist als Nachfolger Marschall Konstantin Werschins zum neuen Oberkommandierenden der sowjetischen Luftwaffe ernannt worden.

Ende März begannen Manöver der im *Warschauer Pakt* vereinigten Ostblockstreitkräfte, die laut einer Meldung der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur in *Polen*, der DDR und der Tschechoslowakei abgehalten werden. Als Teilnehmer an diesen «Vesna 69» (Frühling 69) genannten Manövern werden Stäbe und Einheiten der Nachrichtentruppen der sowjetischen, der tschechoslowakischen, der polnischen und der ostdeutschen Armee sowie Truppeneinheiten der polnischen Volksarmee genannt. Übungsleiter ist der stellvertretende Verteidigungsminister und Generalstabschef der polnischen Armee, Divisionsgeneral B. Chocha. Als Zweck der Übungen wird angegeben, «die Zusammenarbeit der Stäbe und Einheiten unter den erschwerten Bedingungen der modernen Kriegführung zu prüfen sowie Zusammenarbeit und Freundschaft unter den Warschauer-Pakt-Staaten zu stärken». Seit der Invasion der CSSR im August 1968 nehmen erstmals wieder tschechische Einheiten an Warschauer-Pakt-Manövern teil.

Rumänien

Seit Mitte März besitzt Rumänien einen «Verteidigungsrat», dessen Vorsitz der Staatschef und Generalsekretär der Kommunistischen Partei

Rumäniens, Nicolae Ceausescu, persönlich übernommen hat. Dieser Rat wird über General- oder Teilmobilmachungen der Streitkräfte und weitere Sofortmaßnahmen im Falle eines Überraschungsangriffes Beschluß zu fassen haben.

Südafrika

Am 18. März taufte die Gattin des südafrikanischen Verteidigungsministers Botha in Nantes das erste von drei U-Booten der ultramodernen «Daphne»-Klasse, die Südafrika vor 18 Monaten in Frankreich bestellte, auf den Namen «Maria van Ribeeck». Das U-Boot hat eine Wasser- verdrängung von 850 t; seine südafrikanische Besatzung wird in Toulon (Frankreich) ausgebildet.

Südafrika wird 1969 für seine Verteidigung die Rekordsumme von 271,6 Millionen Rand (etwa 1,63 Milliarden Schweizer Franken) ausgeben, was eine Erhöhung des *Militärbudgets* gegenüber dem Vorjahr um etwa 120 Millionen Schweizer Franken bedeutet. Die südafrikanischen Verteidigungsausgaben haben sich damit in den letzten 10 Jahren versiebenfacht. Ein großer Teil der Mehrkredite ist für Waffenkäufe vorgesehen.

Indien

Indien wird im kommenden Jahr seine *Verteidigungsausgaben* um 420 Millionen Rupien (230 Millionen Franken) erhöhen. Im laufenden Jahr sind die indischen Verteidigungsausgaben mit 10,15 Milliarden Rupien budgetiert.

Kuba

Wie die «Organisation der Exilkubaner» in Miami, gestützt auf «geheime Informationen aus Kuba», bekanntgab, sollen sich in *Managua*, 14 km von Havanna entfernt, *Abschußbasen für Mittelstreckenraketen* mit atomaren Sprengköpfen befinden, die im Falle eines bewaffneten Konflikts gegen die USA zum Einsatz kommen könnten. Die Abschlußrampen seien von Wissenschaftlern aus der Sowjetunion und aus russischen Satellitenstaaten auf dem Gelände der ehemaligen kubanischen Militärakademie aufgestellt worden, nur etwa 10 km von der früheren Raketenabschußbasis San Antonio de los Banos entfernt, die 1962 Anlaß zur Kubakrise gegeben hatte.

LITERATUR

Schwierige Schweiz. Von J.R. von Salis. 336 Seiten. Verlag Orell Füssli, Zürich 1968.

J.R. von Salis gehörte zu jener Gruppe von Professoren an der Freifächerabteilung der Eidgenössischen Technischen Hochschule, deren Interesse weniger auf ihre Fachwissenschaft als auf eine allgemeine schweizerische Kulturpolitik ausgerichtet war. Nun legt er ein neues Buch vor, das diese Einstellung deutlich spiegelt.

«Schwierige Schweiz» – das Buch erweist sich ebenfalls als schwierig. Es ist sicher die anspruchsvollste von jenen zahlreichen Schriften, die in letzter Zeit zum Thema «Schweiz» kritisch Stellung bezogen haben. Das liegt einerseits an dem viele Gebiete umfassenden Wissen des Autors, andererseits aber auch am Aufbau des Bandes.

Er stellt eine Sammlung von Aufsätzen aus verschiedenen Jahren und Jahrzehnten dar. Trotz umsichtiger Gliederung in die drei Hauptabschnitte «Vergangenes und Gegenwärtiges», «Kulturelles und Literarisches» sowie «Politisches und Umstrittenes» vermißt man gelegentlich ein wenig den Zusammenhang. Eine überaus vielseitige Beleuchtung erfährt die literarische Situation der Schweiz. Der Autor spart nicht mit eingehenden Analysen von Werken Max Frischs, den er offenbar sehr schätzt, legt einen Brief an Carl J. Burckhardt bei, wie er überhaupt allen Ritzern der Kultur nahe steht, und äußert sich eingehend über Carl Spitteler's Rede «Unser Schweizer Standpunkt», wobei er der reichen Legendenbildung freilich mehr Glauben schenkt als den neuesten Forschungen.

Auch kommen alle Fragen, welche die Schweiz heute bewegen, zur anregenden Diskussion. Salis liefert Beiträge zur Frage des Frauenstimmrechts, zu einem möglichen Beitritt der Schweiz zur UNO, zum Fremdarbeiterproblem oder zu den Studentenkrallen. All diese Darstellungen sind von einer sehr hohen Warte aus geschrieben und öffnen den Blick über die Schweiz hinaus auf das europäische Schicksal. Man kann sich freilich fragen, ob den etwas professoralen Gedankenflügen nicht gelegentlich der Mangel an praktischer politischer Erfahrung die volle Glaubwürdigkeit raube.

Zu oft hat man das Gefühl, das Heil der Schweiz hange von den Intellektuellen ab und es stünde vieles besser, wenn sie vermehrt zum Zuge kämen. «Ist der Intellektuelle in der